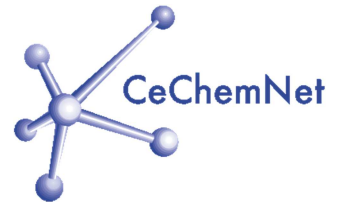


## **Erfolgreicher Strukturwandel - nur mit wettbewerbsfähigen Chemiestandorten**

Stellungnahme von CeChemNet zum Abschlussbericht der  
Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

Halle, im März 2019



Im Netzwerk CeChemNet (Central European Chemical Network) haben sich fünf ostdeutsche Chemiestandortbetreiber zusammengeschlossen, um die Standorte weiter zu entwickeln, ihre Wettbewerbsfähigkeit auszubauen und die Arbeitsplätze zu sichern.

In den Ländern Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt bieten die Unternehmen der chemischen Industrie insgesamt etwa 35.000 Menschen einen Arbeitsplatz und erwirtschaften in hochmodernen Betrieben einen Umsatz von rund elf Milliarden Euro (2018). Nach den Umbrüchen der 1990er Jahre ist die Branche heute ein Beispiel für gelungenen Strukturwandel. Diese Errungenschaften dürfen nicht gefährdet werden.

Das Netzwerk CeChemNet setzt sich dafür ein, dass die im Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ enthaltenen Empfehlungen so umgesetzt werden, dass:

- die Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie ohne Abstriche gewährleistet bleibt,
- die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie nicht durch steigende Strompreise zusätzlich belastet wird,
- beim anstehenden Strukturwandel vorhandene industrielle Kerne sich weiterentwickeln können und eine neuerliche Deindustrialisierung verhindert wird.

Um die Perspektiven der Unternehmen und der betroffenen Regionen zu sichern, fordern die ostdeutschen Chemiestandortbetreiber:

## 1. Das hohe Niveau der Versorgungssicherheit erhalten

- Das vorgesehene Monitoring der Versorgungssicherheit muss erstmalig vor Beginn der Stilllegung von insgesamt 22 GW gesicherter Erzeugungsleistung erfolgen und dann kontinuierlich fortgesetzt werden. Der geplante Einstieg in die Evaluierung 2023, also nach den ersten Stilllegungen, reicht nicht aus.
- Das Monitoring muss Konsequenzen haben, wenn es Versorgungslücken, Engpässe oder Gefährdungen der Versorgungssicherheit aufzeigt. Für diesen Fall sind zwingend Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit vorzusehen.
- Gebraucht wird eine valide Definition von Versorgungssicherheit. Dabei ist die Verfügbarkeit gesicherter Leistung unter Berücksichtigung vertraglich gesicherter Leistung aus dem Ausland in Relation zur erwarteten Jahreslastspitze zu betrachten.

## 2. Strompreisanstieg für die energieintensive Industrie kompensieren

- Die Bundesregierung ist aufgefordert, ein beihilferechtskonformes Instrument zu entwickeln, das auch energieintensive Unternehmen entlastet, die nicht von einer Senkung der Netznutzungsentgelte profitieren.
- Die mit dem EU-Emissionsrechtehandel verbundene Strompreiskompensation bedarf der Verstärkung. Sie sollte so weiter entwickelt werden, dass auch aus einem weiteren Anstieg des CO<sub>2</sub>-Preises keine zusätzlichen Belastungen resultieren.
- Die Strompreisentwicklung sollte einem ebensolchen Monitoring unterliegen wie die Versorgungssicherheit. Bei entsprechenden Ergebnissen des Monitorings sind Maßnahmen zur Sicherung eines wettbewerbsfähigen Preisniveaus zu ergreifen.
- Der bestehende Regulierungsrahmen für die Stromversorgung verhindert die Nutzung von Flexibilisierungsspielräumen bei Stromerzeugung und –verbrauch. Die Netzentgeltverordnung sollte so umgestaltet werden, dass die Flexibilisierung angereizt wird.

## 3. Beim Strukturwandel Chemiestandorte weiter stärken

- Ein erfolgreicher Strukturwandel braucht Koordinierung und Gestaltung sowie eine Zusammenarbeit, die nicht an Ländergrenzen endet. Dafür sollten eine oder zwei (je eine für die Lausitz und das mitteldeutsche Revier) länderübergreifende Institutionen geschaffen werden, die direkt an die Staatskanzleien von Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt berichten. Ihre Aufgabe wäre die Priorisierung und Koordinierung der im Zuge des Strukturwandels zu realisierenden Projekte.
- Hauptkriterium für die Priorisierung ist der Beitrag der Projekte zur Erzielung eines sowohl wirtschaftlichen als auch sozialen und ökologischen Mehrwerts für die Region. Höchste Priorität sollte die Erhaltung und Schaffung attraktiver Industriearbeitsplätze haben.
- Der Strukturwandel sollte darauf setzen, der vorhandenen leistungsfähigen Industrie neue Möglichkeiten zur Ausschöpfung ihrer Potentiale zu geben. Die Weiterentwicklung der bestehenden Standorte verspricht mehr Erfolg, als auf die Neuansiedlung von Großprojekten zu hoffen.

- Entscheidend für das Gelingen des Strukturwandels ist die Schaffung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen. Deshalb sollte ein Schwerpunkt auf dem Ausbau einer wettbewerbsfähigen und bedarfsgerechten Infrastruktur liegen. Sie ist eine entscheidende Rahmenbedingung für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung und die Lebensqualität in den Regionen. Dies betrifft
  - o die Verkehrs- und Dateninfrastruktur,
  - o die soziale Infrastruktur (Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Berufsschulen, medizinische Einrichtungen, Kultureinrichtungen, lebenswertes Umfeld),
  - o effiziente Genehmigungs- und Überwachungsverfahren durch Stärkung der Fachkompetenz der Behörden, Straffung der Verfahren und gegebenenfalls Begrenzung vorhandener Einspruchsmöglichkeiten,
  - o die zügige Bereitstellung von Flächen für die Industrie,
  - o die Ansiedlung von wissenschaftlichen Einrichtungen und die Förderung der Kooperation zwischen Industrie und Wissenschaft.
- Der Strukturwandel kann nur gemeinsam mit den Menschen in den Regionen gestaltet werden. Von besonderer Bedeutung ist, dass ausreichend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Dies stellt hohe Anforderungen an das Bildungswesen. Die Wirtschaft unterstützt die Herausbildung des Fachkräftenachwuchses.
- Die für den Strukturwandel zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel dürfen nur zur beihilferechtlich abgesicherten Förderung marktgetriebener Entwicklungen genutzt werden. Zu vermeiden ist die Förderung von Projekten, die ohne Förderung auch langfristig keine Chance am Markt haben.

Die von den Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ besonders betroffenen Regionen im Osten Deutschlands, die Lausitz und das mitteldeutsche Revier, stehen mit anderen Regionen in Deutschland, Europa und der Welt im harten Wettbewerb um Investitionen. Um erfolgreich zu sein, bedarf es einer aktiven Rolle der Politik, die auf der Grundlage klarer Zielvorstellungen wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen gestaltet. Die Betreiber der ostdeutschen Chemiestandorte sind bereit, sich in diesen Prozess einzubringen.